Wir denken selbständig.



AGS: NACHRICHTEN

Informationsdienst der Arbeitsgemeinschaft Selbständige in Nordrhein-Westfalen

Herausgeber: Landesvorstand der AGSNRW

www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Januar 2010

seite 1

Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW, sehr geehrte Leserinnen und Leser!

Image-Kampagnen für "Ruhr 2010" und das Handwerk – und die Selbstdarstellung von Ministerpräsident Rüttgers

Über 5 Mio. Bewohner des viertgrößten Ballungsraums Europas können stolz sein auf ihr Ruhrgebiet. Kaum ein Siedlungsraum in Europa hat in den letzen 150 Jahren einen größeren Wandel durchlebt wie das Herz unseres Landes NRW, das man auch als Herz Europas bezeichnen kann. Der Strukturwandel, weg von einer fast nur durch Kohle und Stahl geprägten Industrieregion, hin zu einer vielseitigen Industrie-, Dienstleistungs-, und Wissenschafts-Region, ist zwar nicht abgeschlossen, aber auf einem guten Weg! Beispielhaft dafür ist die Entwicklung eines Wirtschaftszweigs, der sich mit regenerativen Energien beschäftigt. Das ist auch ein Schwerpunktthema dieser AGS:NACHRICHTEN.

Nun ist das Ruhrgebiet Kulturhauptstadt Europas 2010 geworden. Zum Thema Kulturförderung möchte ich mich hier nicht weiter auslassen. Für uns als Selbständige sind andere Aspekte besonders bemerkenswert, die nicht so im Brennpunkt des Interesses stehen. Die Verleihung des Titels "Kulturhauptstadt 2010" ist Anlass zu einer großen Image-Kampagne! Politik, Wirtschaft und Kultur arbeiten vernetzt an dem Vorhaben, das Ruhrgebiet für kreative Kräfte attraktiv zu machen. Das ist neben einer (zumindest kurzfristigen) Belebung des Tourismus beste Wirtschaftsförderung!

Eine andere Image-Kampagne hat das deutsche Handwerk zum Jahresanfang 2010 gestartet. Ziel ist, durch "freche" TV-Spots und Anzeigen insbesondere junge Leute auf das Handwerk aufmerksam zu machen und Neugier zu wecken. Diese Art der Nachwuchs-Suche lässt sich das Handwerk – auf 5 Jahre verteilt – 50 Mio. € kosten (Infos unter » www.zdh.de)

Für diese beiden Image- Kampagnen gilt, dass

- a.) die Finanzierung überwiegend mit Eigenmitteln bestritten wird. Bei der Ruhr 2010 stammen fast zwei Drittel der Mittel vom Land NRW, dem Regionalverband Ruhr, der Stadt Essen und von Sponsoren!
- b.) die Ziele beider Aktionen nachhaltig und dem Allgemeinwohl dienlich sind.

Beides kann man von den berühmt-berüchtigten Image-Kampagnen des NRW-Ministerpräsidenten Rüttgers nicht behaupten. Hier zahlt der Steuerzahler dafür, dass sich Herr Rüttgers gerne als sozial verantwortlich handelnder Landesvater und Arbeiterführer darstellt, um von seiner im Land praktizierten Politik der Umverteilung und der sozialen Kälte abzulenken.

Herr Rüttgers sollte die Ruhr2010 zum Anlass nehmen, neben offiziellen Empfängen auch die Quartiere der Städte und Gemeinden im Ruhrgebiet zu besuchen. Dann würde er wohl etwas mehr Eifer bei der Aufgabe aufbringen, die Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern. Doch darüber mehr in der nächsten Ausgabe.



In diesem Sinne: Glück auf!

André Brümmer Stellv. AGS-Landesvorsitzender NRW

Aus dem Bund

PRESSEMITTEILUNG DES UMWELTBUNDESAMTES

BESCHÄFTIGUNGSMOTOR KLIMASCHUTZ

UBA-Studie untersucht Wirkungen von Energieeffizienzmaßnahmen in Gebäuden, Verkehr und Unternehmen

Ambitionierter Klimaschutz führt zu mehr Beschäftigung: Rund 630.000 neue Arbeitsplätze können in Deutschland entstehen. Voraussetzung dafür: Die Bundesregierung verfolgt das Ziel weiter, die nationalen Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 insgesamt um rund 40 Prozent im Vergleich zum Jahr 1990 zu reduzieren. Einen wichtigen Beitrag leisten Maßnahmen für eine bessere Energieeffizienz. So schafft allein die schnelle und konsequente Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen in Gebäuden bis zum Jahr 2012 fast 100.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland. Bis zum Jahr 2020 sind sogar über 350.000 neue Arbeitsplätze möglich. Dies ist das Ergebnis der neuen Studie "Gesamtwirtschaftliche Wirkungen von Energieeffizienzmaßnahmen in den Bereichen Gebäude, Unternehmen und Verkehr", die das Fraunhofer Institut für System und Innovationsforschung in Karlsruhe im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) durchführte. Die Ergebnisse zeigen, dass Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz nicht nur dem Klima, sondern auch der Beschäftigung nützen: Investitionen in Energieeffizienz und Emissionsminderungen stärken langfristig den Wirtschaftstandort Deutschland.

Eine verbesserte Energieeffizienz mit besserer Wärmedämmung steigert die Kaufkraft von Eigentümern und Mietern, da deren Heizkosten sinken. Die Modernisierung der Wärmebereitstellung in Gebäuden mindert zudem den Bedarf an Gas- und Heizölimporten, was die Binnennachfrage belebt und der hohen Energieimportabhängigkeit Deutschlands entgegenwirkt.

Gleichzeitig schaffen die erforderlichen umfangreichen Investitionen zur Gebäudesanierung neue Beschäftigungsmöglichkeiten – vor allem im Baugewerbe und bei baunahen Dienstleistungen wie der

Baufinanzierung. All das belebt die Wirtschaft und schafft Wachstum und Beschäftigung. Mit entschiedenen Effizienzverbesserungen im Verkehrsbereich und in Unternehmen sind weitere positive Beschäftigungswirkungen möglich. Falls die Autoindustrie umgehend in die Entwicklung erheblich effizienterer Autos investiert, ergeben sich daraus Marktchancen, so dass bis 2020 fast 220.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland entstehen.

Kontinuierliche Anstrengungen von Unternehmen zur Verbesserung ihrer Energieeffizienz senkt ihre Energiekosten und schafft Spielräume für neue Arbeitsplätze: Bis 2020 sind so über 260.000 zusätzliche Stellen möglich. Damit ist klar: Klimaschutz ist mehr als ein moralisches Gebot. Die Steigerung der Energieeffizienz schafft nachhaltig Beschäftigung und Wachstum und kann in Deutschland dazu beitragen, die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Die Studie "Gesamtwirtschaftliche Wirkungen von Energieeffizienzmaßnahmen in den Bereichen Gebäude, Unternehmen und Verkehr" finden Sie hier:

> Download der Studie

Aus dem Land

NRW, RHEINLAND-PFALZ UND HESSEN MACHEN WIND ANDRÉ STINKA INITIIERT LÄNDER-ÜBERGREIFENDES TREFFEN VON SPD-WIRTSCHAFTS- UND UMWELTPOLITIKERN BEI WINDKRAFTUNTERNEHMEN

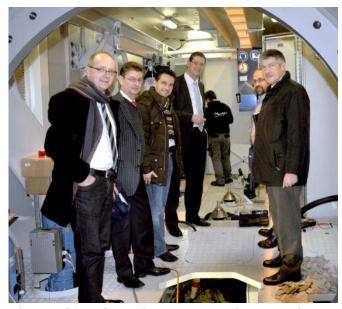
Bei einem länderübergreifenden Treffen haben sich SPD-Landtagsabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen beim Windkraftanlagenbauer Fuhrländer AG über neue Technologien, Erneuerbare Energien und regionale Wirtschaftsförderung informiert.

Bei dem vom stellvertretenden Vorsitzenden der AGSNRW und SPD-Landtagsabgeordneten André Stinka initiierten Treffen am 15. Dezember 2009 nahmen außerdem der hessische Landes- und Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel, der Umweltpolitische Sprecher der hessischen SPD-Frak-

tion, Manfred Görig, der stellvertretende Vorsitzende der nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion, Norbert Römer und der Umweltpolitische Sprecher der rheinland-pfälzischen SPD-Fraktion, David Langner, teil.

Die Fuhrländer AG hat ihren Sitz in einem in NRW und Rheinland-Pfalz liegenden, länderübergreifenden Gewerbegebiet am Flughafen Siegerland und gehört zu den großen Anbietern von Windkraftanlagen in Deutschland. Dabei zeichnet sich das Unternehmen besonders dadurch aus, dass es nicht nur wirtschaftliche Interessen verfolgt, sondern auch seiner sozialen und umweltpolitischen Verantwortung gerecht wird. So beschäftigt die Fuhrländer AG mit über 150 Auszubildenden weit mehr Azubis als üblich. Inhaber Joachim Fuhrländer wurde dafür sogar mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

André Stinka: "Der Besuch bei Fuhrländer war für uns sehr interessant, da wir uns direkt vor Ort über die Fortschritte bei den Erneuerbaren Energien – aber auch über deren Probleme – informieren konnten."



v.l.n.r.: André Stinka, Norbert Römer, David Langner, Thorsten Schäfer-Gümbel, Walter Lutz (Fuhrländer AG) und Manfred Göring in einem Trafo- und Gerätegehäuse eines Windrades.

Die Vertreter von Fuhrländer hatten insbesondere deutlich gemacht, dass die schwarz-gelben Landesregierungen in NRW und Hessen für Probleme sorgen, da der Ausbau der Windenergie in diesen Ländern massiv behindert werde. Stinka: "Hier entstehen jedes Jahr viele neue Arbeitsplätze, auch in Zeiten der Wirtschaftskrise. Dies wird von Schwarz-

Gelb aber völlig ignoriert. Wir brauchen hier ein Umdenken. Dafür werde ich mich einsetzen." Stinka erklärte, dass die Unternehmen im Bereich der Erneuerbaren Energien für den Mittelstand wichtig seien. "Eine bessere Wirtschafts- und Energiepolitik wäre hier gut für alle – gerade für die kleinen und mittelständischen Unternehmen."

Stinka zeigte sich über die Kooperation mit den Fraktionen aus drei Bundesländern erfreut. "Das ist ein wichtiges Signal, dass die SPD hier zusammensteht und gemeinsam die Wirtschaft fördern und das Klima schützen will. Wir werden die Zusammenarbeit hier in der kommenden Zeit weiter ausbauen", so Stinka.

NRWSPD

DOKUMENTATION ZUM "ZUKUNFTSKONVENT 2009"

Das Thema "Sozialer Zusammenhalt" stand im Mittelpunkt des fünften Zukunftskonvents der NRW-SPD. Unter dem Motto "Wir in NRW. Gemeinsam stärker." diskutierten über 800 Parteimitglieder und Gäste in Oberhausen die Frage, wie unsere Gesellschaft menschlicher gestaltet werden kann.



Die Sonderseite der NRWSPD zum Zukunftskonvent 2009. Dort erfahren Sie alles rund um den Konvent und finden Reden von Hannelore Kraft und Dr. Uwe Becker sowie Fotos, Videos und Thesenpapiere.

Die Dokumentation der Veranstaltung kann hier heruntergeladen werden:

- > Zukunftskonvent 2009: Dokumentation
- > Sonderseite zum Zukunftskonvent 2009
- > Positionspapier "Wir in NRW halten zusammen"

AUS DEN REGIONEN

"UMWELTPOLITISCHER ABEND" MIT ANDRÉ STINKA

INTERVIEW MIT DEN VERANSTALTERN

Vor dem umweltpolitischen Abend mit André Stinka in Köln haben wir die Veranstalter – Wilfried Becker vom SPD-Arbeitskreis Umwelt und Werner Müller für die AGS-Köln – interviewt.







Wilfried Becker (Arbeitskreis Umwelt), Werner Müller (AGS Köln) und André Stinka, MdL, Umwelt- und Energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Wie lange gibt es den Kölner Arbeitskreis Umwelt und mit welchen Zielen wurde er gegründet?

Wilfried Becker: Der AK-Umwelt im SPD Unterbezirk Köln wurde Anfang 2007 gegründet. Ziel war und ist es, mehr Menschen innerhalb und außerhalb der Partei für energie- und umweltorientiertes Denken und Handeln zu sensibilisieren und zu motivieren. Daneben wollen wir ein Netzwerk von Fachleuten schaffen, um kompetent mitreden zu können. Wir wollen das Thema Umwelt so an jeder möglichen Stelle in unserer Partei positionieren. Damit möchten wir natürlich auch unsere Gremien und Mandatsträger aktivieren. Schwerpunkt ist dabei der Blick auf die vielfältigen Aspekte dieses Querschnittsthemas aus kommunaler Sicht.

Mittlerweile gibt es in unserem Arbeitskreis etwa 40 Aktive. Neben unseren turnusmäßigen Treffen haben wir eine ganze Reihe von internen aber auch öffentlichen Veranstaltungen gemacht. So Diskussionen mit kommunalen Politikern, mit Vertretern des kommunalen Energieversorgers oder mit einem Experten des Wuppertal Institutes. Unter dem Motto "Infos vor Ort" gab es z.B. Besuche bei interessanten Unternehmen aus der Solarenergiebranche. Inzwischen haben sich auch schon Kontakte zu anderen Umwelt-

Arbeitskreisen in NRW ergeben, die wir auch weiterhin pflegen und ausbauen wollen.

Wie kam es zur Kooperation von AGS und Arbeitskreis Umwelt?

Werner Müller: Wir hatten von Seiten der AGS das Thema auch auf der Agenda. Da ist es natürlich viel besser, zusammen zu arbeiten, als eine Dublette zu produzieren. Überhaupt halte ich eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Initiativen in der SPD für sehr sinnvoll. Es gibt überall Synergie-Möglichkeiten. Die Themen Umwelt und Energie sind für die AGS von zentraler Bedeutung. Immerhin sind die damit verbundenen Technologien und Dienstleistungen ein wichtiger Motor für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land. Für den Mittelstand ist das von großer Zukunftskraft – auch und gerade auf dem Jobsektor. Entwicklung und Produktion umweltfreundlicher Technologien werden an Bedeutung weiter zulegen. Die entsprechende Technik in den Alltag zu bringen – von der Beratung bis zur Installation - wird vor allem Aufgabe kleiner und mittelständischer Unternehmen sein.

Was wollt Ihr von André Stinka erfahren?

Wilfried Becker: Wir wollen wissen, welche Arbeit die SPD-Landtagsfraktion in der ablaufenden Legislaturperiode geleistet hat und welche Ziele im umweltpolitischen Wahlprogramm der Landes-SPD stehen werden. Gibt es hier zum Beispiel einen Konflikt zwischen Kohlekraftwerken und dem Ausbau alternativer Energien?

Welche Unterstützung wird das Land, nach Auffassung der SPD, den Städten und Gemeinden zukommen lassen? Welche Projekte sind hier geplant? Was wird getan werden, um in der Metropole Köln einen erfolgreichen Klimaschutz zu fördern?

Werner Müller: Ich habe mich als Fernsehjournalist seit den frühen 80er Jahren immer wieder mit neuen Umwelttechnologien beschäftigt. Da war alles dabei: Vom Biogas über die Geothermie bis zu allen Arten von Solarenergienutzung. Mich interessiert natürlich – und das nicht nur aus journalistischer

Perspektive – warum aus vielen dieser Ansätze so wenig geworden ist und wie die Konzepte einer sozialdemokratischen Landesregierung aussehen, diese Ansätze weiter voran zu treiben. Wie lassen sich gute Ideen schneller in die Praxis transportieren? Welche Fördermechanismen sind da geplant? Was wird getan werden, damit unser Land im Bereich von Umwelt- und Energietechnologie auch international vorne bleibt? Welchen Einfluss wird die SPD bereit sein, auch auf große Unternehmen auszuüben, um Klima schützende Effekte zu erzielen?

Wilfried Becker: Am 26. Januar wird übrigens neben André Stinka auch unser Kölner Landtagsabgeordneter Stefan Gatter anwesend sein, der auch Mitglied im Landtagsausschuss für Umwelt und Naturschutz ist. Wir freuen uns auf eine lebhafte und spannende Diskussion!

Vielen Dank für das Interview und viel Erfolg bei der Veranstaltung!

REGIO AACHEN DISKUTIERT LANDTAGSWAHLPROGRAMM

"Neue Perspektiven für soziale Gerechtigkeit in NRW"

Die SPD in der Regio Aachen diskutiert das Landtagswahlprogramm. Ende Februar wird der Landesparteitag das Wahlprogramm für die Landtagswahl am 9. Mai verabschieden. Die Regio-SPD wird sich an diesem Programm beteiligen.

Neun Kandidat/innen schickt die SPD in der Regio Aachen in den Landtagswahlkampf. Eine wichtige Basis dafür bildet das Wahlprogramm der NRWSPD, das aktuell unter den Mitgliedern der SPD diskutiert wird. Am 12. Januar trafen sich daher Vertreterinnen und Vertreter der SPD aus der Städteregion Aachen sowie den Kreisen Düren, Euskirchen und Heinsberg, um eigene Impulse für den Landesparteitag vorzubereiten. Auch interessierte Bürgerinnen und Bürger waren herzlich eingeladen, sich ein Bild von der Diskussion zu machen.

Karl Schultheis MdL, Koordinationsausschuss und Theo Niewerth, Regioteam: "Wir haben trotz der schwierigen Situation, in der sich die SPD derzeit befindet, in der Regio Aachen gemeinsam vieles erreicht. Vor allem dürfen wir stolz sein auf die inhaltlichen Debatten, die wir unterbezirksübergreifend z.B. bei der Vorbereitung des Hamburger Programms geführt haben, und auf unsere gute organisatorische Zusammenarbeit. In der Regio Aachen möchten wir die Impulse zur Erneuerung der SPD aufgreifen." Ende Februar wird der Landesparteitag das Wahlprogramm für die Landtagswahl am 9. Mai verabschieden. Auf der Veranstaltung wurden Anregungen dazu in gemeinsame offizielle Anträge der fünf Unterbezirke aus der Regio Aachen zum Landesparteitag eingebracht. Der Entwurf steht bereits zum Download zur Verfügung:

> Download des Programmentwurfs

Bei der Veranstaltung hat der Landesgeschäftsführer Bernd Neuendorf auch Eckpunkte der Landtagswahlkampagne vorgestellt.

NEUMITGLIEDER IN DER NRWSPD

HEIKE KUNICK, SELBSTÄNDIGE KFZ-MEISTERIN UND CHEFIN EINES KLEINEN UNTERNEHMENS

Eher zufällig landete ich eben auf einer » Webseite der SPD, auf der einige der über 3.000 neuen Mitglieder vorgestellt werden, die seit der letzten Bundestagswahl in die Partei eingetreten sind. Darunter fand sich ein Name mit dem Zusatz "Selbständig": Heike Kunick (45), Kfz-Meisterin aus Witten.

Ihr Motiv, diesen Schritt zu machen: "Ich bin in die SPD eingetreten, weil wir Farbe bekennen müssen und gerade in diesen Zeiten nicht mehr so tun können als ginge uns alle das nichts an. Auch mit 45 kann ich noch etwas verändern. Hier sehe ich nur einen Weg: Eine Partei zu unterstützen, die meine Interessen wahrnimmt und deren Ziele meinen entsprechen. Ich hätte mir einen anderen Ausgang im Wahlgeschehen 2009 gewünscht. Dennoch fangen wir gerade erst an. Es geht um meine, um unsere Kinder und um unser aller Zukunft."

In der nächsten Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN werden wir Heike Kunick und ihr Unternehmen etwas genauer vorstellen.

HANNELORE KRAFT UNTERWEGS

"INITIATIVE TATKRAFT"

Unter dem Motto "Inititiative TatKraft" wird die NRWSPD-Vorsitzende Hannelore Kraft im Januar und Februar 2010 an insgesamt zehn Terminen in einem Betrieb oder in einer Einrichtung in NRW tätig sein. Über ihre Erfahrungen wird sie am gleichen Tag und in der gleichen Stadt im Rahmen einer Veranstaltung unter dem Titel "Von Mensch zu Mensch" berichten und sich anschließend der Diskussion stellen.



Zusammen mit den örtlichen Landtagskandidatinnen und Landtagskandidaten der NRWSPD engagiert sie sich in Betrieben und Einrichtungen, wo sie vor Ort einen Tag lang mitarbeitet, um so echte Eindrücke von den Arbeitsbedingungen der Menschen in NRW hautnah erleben zu können.

"Wer Politik für die Menschen machen will, muss wissen, wie die Menschen leben", sagt Hannelore Kraft, Vorsitzende der NRWSPD. Da es aber als Spitzenpolitikerin gar nicht so leicht ist, mit den so genannenten "kleinen Leuten" Kontakt zu halten, hat die NRWSPD ein ganz besonderes Projekt ins Leben gerufen. Unter dem Motto Initiative "TatKraft" arbeitet die Landesvorsitzende an zehn Terminen im Januar und Februar 2010 einen Tag lang in unterschiedlichen Unternehmen und sozialen Einrichtungen.

Die nächsten Termine:

 28.01.: Hagen
 12.02.: Hamm

 01.02.: Münster
 18.02.: Düsseldorf

 02.02.: Essen
 24.02.: Wuppertal

04.02.: Aachen

>>> Mehr zum Thema auf nrwspd.de

B2D RUHRGEBIET

MIT NEUEM BÜRO INS JAHR 2010

Die b2d, die jedes Jahr in 15 Regionen Deutschlands stattfindet, ist die Nummer 1 der Mittelstandsmessen. Von 2007 bis 2009 war auch die AGSNRW als Aussteller der "b2d Ruhrgebiet" in der Schalke-Arena mit einem eigenen Messestand vertreten. Jetzt hat der Braunschweiger Veranstalter, die "b2d BUSINESS TO DIALOG Hofes e.K.", ein eigenes Büro in Essen eröffnet.



Am 1. Januar 2010 startete das b2d-Team in der Essener Seumannstraße mit erweiterter Besetzung: Malte Theuerkauf (r.), vielen Ausstellern bereits aus

Braunschweig bekannt, ist von Beginn an in Essen präsent und freut sich auf seine neue Aufgabe: "Mit dem Büro in Essen sind wir wesentlich näher an unseren Ausstellern und ich kenne ja schon sehr viele Kunden an Rhein und Ruhr von unseren b2d's in Gelsenkirchen, Köln, Düsseldorf, Kaarst, Kalkar und Mittelrhein."

Dazu gesellt sich Stefan Schwarzer (I.), der ebenfalls schon einigen Ausstellern bekannt sein dürfte: "Ich habe ja auf Kundenseite schon einige Jahre die Entwicklung der b2d verfolgen dürfen und war schon sehr beeindruckt, mit welcher Kraft das b2d-Team den Mittelstand aktiviert. Das ist ja nicht einfach und für mich ist es eine große Herausforderung und ein besonderer Reiz, mich mit einzubringen."

Zum nächstmöglichen Zeitpunkt sollen noch ein bis zwei Auszubildende das Team verstärken. Erste Gespräche stehen bereits im Januar an.

Sie erreichen das Team b2d Ruhrgebiet unter folgender Adresse:

b2d BUSINESS TO DIALOG Büro Ruhr Seumannstraße 27, 45326 Essen

Fon: 0201 / 977 689 - 0 Fax: 0201 / 977 689 - 20

KURZ NOTIERT

■ Unternehmen ►

Einkommenseinbrüche bei Selbständigen 2009

Unternehmer, Selbständige und Kapitalbesitzer mussten 2009 hohe Einkommenseinbußen hinnehmen. Dagegen blieben die Lohneinkommen stabil. Das gehe aus einer Bilanz des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) hervor, berichtet das Magazin Wirtschaftswoche. Das Unternehmens- und Vermögenseinkommen verringerte sich um 13,3 % von 661 Mrd. Euro 2008 auf 573 Mrd. Euro 2009.

>>> mehr

◄ STEUERN ►

KV-Beiträge steuerlich absetzen

2010 können Arbeitnehmer und Selbständige ihre Kranken- und Pflegeversicherung steuerlich besser absetzen – und bis zu 1.000 Euro jährlich sparen. Ein Urteil des BVG habe die volle steuerliche Abziehbarkeit von Arbeitnehmerbeiträgen zur Krankenund Pflegeversicherung möglich gemacht, schreibt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) Köln. Das Urteil betreffe Arbeitnehmer und Selbständige gleichermaßen. Der Haken an der neuen Abzugsfähigkeit: Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und weitere Vorsorgeaufwendungen könnten nach wie vor gar nicht oder kaum geltend gemacht werden.

◄ FINANZEN ►

Städte vergeben weniger Aufträge an Firmen

Die Kommunen werden künftig weniger Aufträge an Unternehmen vergeben. Der Grund: Einbrechende Steuereinnahmen und die geplanten Steuersenkungen. Das habe der Deutsche Städte- und Gemeindebund angekündigt, berichtet die Financial Times Deutschland (FTD). Christian Schramm, Präsident des Kommunalverbands: "Die Kommunen werden die Investitionen kürzen, die Schulden werden sich erhöhen." Den Gemeinden entstehe ein Haushaltsloch von 12 Mrd. Euro – das habe "fatale Folgen für die Infrastruktur".

>>> mehr

◄ WIRTSCHAFT ►

Wirtschaftsförderung durch "Ruhr 2010"

Die "Ruhr 2010" dient auch der Wirtschaftsförderung. Im Januar 2007 wurde dazu die "Wirtschaftsförderung Metropoleruhr GmbH" als Gesellschaft des Regionalverbandes Ruhr mit Sitz in Mülheim a. d. Ruhr gegründet; Geschäftsführer ist Hanns-Ludwig Brauser. Als Serviceunternehmen ist sie zentraler Dienstleister und Ansprechpartner für alle wirtschaftsrelevanten Fragen in der Metropole Ruhr.

Die "Wirtschaftsförderung Metropoleruhr GmbH" kennt die Region und die handelnden Personen, vermittelt Kontakte, Standort- und Förderberatung. Sie verfügt über ausgefeilte Beratungsinstrumente sowie vielfältige Kontakte zu bestehenden Netzwerken und berät ansieldungsinteressierte Unternehmen bei der Suche nach geeigneten Immobilien und Gewerbeflächen.

>>> www.business.metropoleruhr.de

◄ HANDWERK ►

Imagekampagne: "Das Handwerk. Die Wirtschaftsmacht. Von nebenan."

Das deutsche Handwerk ist mit seiner fünfjährigen Imagekampagne in das Jahr 2010 gestartet. Ziel ist es, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung des Handwerks zu betonen.

Zur Nachwuchsrekrutierung für die mehr als 100 Handwerksberufe ist die Kampagne ebenfalls gedacht. Partner ist die Agentur Scholz & Friends, deren Projektkonzept als Sieger aus einem Wettbewerb hervorgegangen ist. Es verbindet Größe und menschliche Nähe des Handwerks, indem Themen wie Innovation und Modernität sowie soziale Verantwortung kommuniziert werden. Die komplette Pressemitteilung findet sich unter » zdh.de.

>>> Das Imagevideo bei Youtube

(u.a. mit Material von http://www.mittelstanddirekt.de)

DIE "KÖPFE" DER AGS IN NRW

Heute: THOMAS EISKIRCH

Von Marx zum Wirtschaftsexperten der Landtagsfraktion



"Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Befund zum Ablauf der Amtszeit von Frau Ministerin Thoben ist vernichtend. Die schwarz-gelbe Regierungszeit war wirtschaftspolitisch eine verlorene Zeit, sie war energiepolitisch eine verlorene Zeit, und sie

hat keinen Fortschritt in der Landesplanung gebracht."

Der Redner Thomas Eiskirch, Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, greift die Landesregierung und insbesondere Wirtschaftsministerin Christa Thoben in der Landtagsdebatte zum Haushalt 2010 scharf an. Klar und verständlich, aber auch sehr detailliert weist er der schwarz-gelben Landesregierung ihr Versagen in der Wirtschaftspolitik nach. Eiskirch ist der anerkannte Wirtschaftsexperte der Fraktion.

Dabei ist er noch nicht lange Landtagsabgeordneter. Im Jahr 2005 wurde er erstmals direkt im Wahlkreis Bochum II in das Landesparlament gewählt. Obwohl 1970 in Hagen geboren, ist er ein waschechter Bochumer. Schon seit seiner zweiten Lebenswoche lebt er in Bochum, darauf legt er wert. Früh begann er sich für Politik zu interessieren.

Obwohl er aus einer in Bochum bekannten Unternehmerfamilie stammt – mehrere Bekleidungsgeschäfte in der Stadt tragen den Namen Eiskirch – war für ihn von Anfang an klar, dass er Sozialdemokrat ist. "Als Schüler habe ich natürlich auch mit polit-theoretischen Diskussionen eine Menge anfangen können. Aus dem Geburtshaus von Karl Marx in Trier habe ich mir einmal extra das Kommunistische Manifest als Poster mitgebracht", so Eiskirch über seine politischen Anfänge.

Nach seinem Abitur im Jahr 1990 am Albert-Einstein-Gymnasium leistete er seinen Zivildienst in einer Kindertagesheimgruppe des evangelischen Kinderheims Overdyck. Im Anschluss an den Zivildienst studierte er von 1992 bis 1999 Ökonomie in Bochum bzw. Betriebswirtschaft in Dortmund. Sehr schnell versuchte er selbst Politik zu gestalten. Die Gründung einer eigenen Jugendgruppe in der Bochumer SPD gehörte dazu genauso wie sein Engagement in der Partei selbst. 1996 wurde er zum jüngsten Vorsitzenden eines SPD-Stadtbezirks in Bochum und übernahm kurz danach das wichtige Amt des Schatzmeisters der SPD Bochum.

Spätestens hier begann Eiskirch sich auch einen Namen als pragmatischer Sachpolitiker zu machen. "Viele können ja mit langweiligem Zahlenwerk und Finanzen nichts anfangen. Mich hat das immer schon fasziniert, gerade hier kann man viel bewegen und verändern. Ich habe außerdem auch durch meine Eltern gelernt was es heißt, unternehmerische Verantwortung zu tragen." Von 2000 bis 2005 war er als kaufmännischer Angestellter mit Prokura bei einem Unternehmen der Immobilienwirtschaft beschäftigt und konnte dort weitere Erfahrungen sammeln.

Im Jahr 2005 bot sich ihm dann eine große Möglichkeit: Eiskirch übernahm den frei gewordenen Wahlkreis Bochum II und gewann ihn bei der Landtagswahl auf Anhieb mit großem Vorsprung. "Das war schon eine große Umstellung am Anfang. Ich habe jahrelang ehrenamtlich Politik gemacht und plötzlich wurde dies zu einem Hauptbestandteil meines Lebens. Gerade an die Welt im Landtag in Düsseldorf musste ich mich erst einmal gewöhnen." Nach wenigen Monaten hatte sich aber die wirtschaftspolitische Kompetenz des neuen jungen Abgeordneten aus Bochum in der SPD-Fraktion herumgesprochen. Im November 2006 wählten ihn daher seine Fraktionskolleginnen und -kollegen zu ihrem Sprecher für Wirtschaftspolitik.

Einen Schwerpunkt setzt Eiskirch bei seiner Arbeit auf den Mittelstand in seiner ganzen Vielfalt – vom Handwerk bis zu den sozialen Dienstleistungen. "Die sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und damit wichtig für das ganze Land. Das hat die schwarzgelbe Landesregierung so leider noch nicht begriffen. Eine gute Wirtschaftspolitik zeichnet sich in meinen Augen dadurch aus, dass sie die kleinen und mittelständischen Betriebe ganz besonders fördert und unterstützt – beispielsweise durch Beratung oder Hilfestellung bei der Vernetzung oder durch passgenaue Förderprogramme. Hier gibt es nach wie vor große Defizite!", so Eiskirch.

Politik in der Opposition ist für Eiskirch aber mehr als nur meckern. "Wir müssen konkrete Vorschläge machen und den Menschen so eine echte Alternative aufzeigen" führt er aus. So hat er unter anderem mit dem "Arbeitskreis Wirtschaft" ein Maßnahmenpaket zur Förderung des Handwerks entwikkelt.

Thomas Eiskirch versteht sich auch als Ruhrgebietsvertreter. So engagierte er sich bei der Gründung der RuhrSPD, deren Sprecherkreis er angehört und ist seit Januar 2010 Mitglied der Verbandsversammlung des RVR.

Wichtig ist für Eiskirch aber auch, die Bodenhaftung nicht zu verlieren. "Das kann hier im Landtag, glaube ich, ganz schnell passieren, da muss man sehr aufpassen. Ich bin daher auch viel in meinem Wahlkreis unterwegs, gerade auch bei Dingen, die mit Wirtschaft gar nichts zu tun haben." So ist Eiskirch beispielsweise Mitglied des Beirats der Krümmede, der Justizvollzugsanstalt in Bochum.

2009 übernahm er dann eine weitere Aufgabe. Nach vielen Jahren als Schatzmeister wurde er im Frühjahr zum Vorsitzenden der Bochumer SPD gewählt. An die Anfänge erinnert heute nur noch das große Poster mit dem kommunistischen Manifest, welches er ganz bewusst in seinem Büro im Landtag aufgehängt hat. "Man sollte seine Ideale von früher immer im Herzen behalten, auch wenn man mit der Zeit zusätzliche Einsichten bekommt", so Eiskirch schmunzelnd.

AUS DEM LANDTAG 21.01.2010

RÜTTGERS REGIERUNGSERKLÄRUNG: BILANZ EINES BUCHHALTERS

In Ermangelung eigener Ideen und Konzepte hat Ministerpräsident Rüttgers heute eine Regierungserklärung zu den Vorschlägen der von ihm einberufenen NRW-Zukunftskommission gehalten. "Rüttgers Schlussfolgerungen waren allerdings oberflächlich und technokratisch. Das war keine Vision; das war die Bilanz eines Buchhalters", sagte die SPD-Fraktionschefin Hannelore Kraft in der Landtagsdebatte. Rüttgers war beispielsweise die Antwort darauf schuldig geblieben, dass gerade viele junge Menschen keine Perspektive für sich sehen. "Wenn Jugendliche trotz zahlreicher Bewerbungen keine Lehrstelle bekommen, muss die Politik reagieren. Gerade bei der Bildung muss man den Mut haben, Strukturen zu verändern", forderte Kraft. Auch über die Lage der Kommunen verlor der CDU-Landesvorsitzende kein Wort.

>>> Zur Rede von Hannelore Kraft (PDF)

MINDESTLOHN FÜR LEIH- UND ZEITARBEITER

Aufgrund des aktuellen Dumpinglohn-Skandals bei der Drogeriekette Schlecker erneuerte die SPD-Fraktion heute ihre Forderungen nach einer gesetzlichen Unterbindung von Lohndumping und die Aufnahme der Leiharbeitsbranche in das Arbeitnehmerentsendegesetz, das einen Mindestlohn für die Branche garantiert. "NRW-Arbeitsminister Laumann muss endlich sein Versprechen wahr machen und sich dafür einsetzen, dass solche eklatanten Missbräuche nicht mehr möglich sind", forderte SPD-Fraktionsvize Rainer Schmeltzer. "Die Zeit der Überschriften ist vorbei." Bereits am Mittwoch unterstützten die Sozialdemokraten auch den Antrag der Grünen, den Missbrauch der Leiharbeit umgehend zu stoppen.

- >>> Zur Rede von Rainer Schmeltzer (PDF)
- >>> Zum SPD-Antrag (Drucksache 14/10519)

KURZ VOR REDAKTIONSSCHLUSS

Zwei Tage vor der geplanten Ausstrahlung im Rahmen der sonntäglichen WDR-Sendung "Westpol" hat das "Wir in NRW"-Blog das Ergebnis einer Umfrage vorab veröffentlich. Dort ist u.a. zu lesen:

WDR-Umfrage: Schwarz-Gelb ohne **Mehrheit** (22.01.2010 / von Theobald Tiger)

Einen Tag vor Beginn seines Listenparteitages in Essen erhielt Ministerpräsident Jürgen Rüttgers die denkbar schlechteste Nachricht. Seine CDU/FDP-Koalition verliert die Regierungsmehrheit. Staatskanzlei und CDU-Zentrale erfuhren schon vorab die neuesten Umfrage-Zahlen zur Landtagswahl, die der WDR am Sonntagabend in der Fernsehsendung "Westpol" veröffentlichen will.

Das Umfrageinstitut Infratest/dimap hatte im Auftrag des WDR dreieinhalb Monate vor der Landtagswahl die Sonntagsfrage gestellt und dabei folgendes Ergebnis ermittelt: CDU 36 %, SPD 32 %, FDP 9 %, Grüne 12 %, Linke 6 %. Damit zeichnet sich für die Lager Schwarz-Gelb und Rot-Grün ein Kopf-an-Kopf-Rennen bei der wichtigsten Wahl dieses Jahres in Deutschland ab. Noch ist unsicher, ob die Linken erstmals den Sprung in den neuen Düsseldorfer Landtag schaffen, sie verloren in einem Monat zwei Prozentpunkte. [...] Dagegen holen die Sozialdemokraten unter Oppositionsführerin Hannelore Kraft kräftig auf und verbessern sich um zwei Prozentpunkte auf 32 Prozent. Die CDU bleibt bei 36 Prozent, was einen dramatischen Absturz im Vergleich zur Wahl vor fünf Jahren bedeuten würde. Die FDP hat offensichtlich noch stärker als die CDU unter dem katastrophalen Start der schwarz-gelben Bundesregierung und besonders der FDP-Minister Westerwelle, Brüderle und Niebel zu leiden. Wählten bei der Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen noch fast 15 % Gelb, so kommen die Liberalen jetzt nur noch auf 9 %, was allerdings einen Zuwachs von drei Prozent gegenüber der Landtagswahl 2005 wäre. [...] Der Absturz der Linken hat offenbar auch damit zu tun, dass Hannelore Kraft trotz ständiger Attacken aus Reihen der CDU die Dunkelroten als regierungsunfähig ausgegrenzt hat und abgewanderte sozialdemokratische Wähler aus dem Lager der Linken zurückgewinnen kann. [...]

» http://www.wir-in-nrw-blog.de/?p=881

Unter der Überschrift "An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!" (1. Johannes 2,1-6) beschreibt das Blog der NRWSPD die Vorgänge um die fristlose Kündigung von zwei langjährigen Mitarbeiterinnen aus der Geschäftsstelle der CDU NRW. Dort heißt es u.a.:

Rüttgers, Wüst und ihre schöne neue Arbeitswelt

Eine Mitarbeiterin der Landes-CDU klagt vor dem Düsseldorfer Arbeitsgericht gegen ihre fristlose Kündigung. Was ist denn da los? Nach 22 Jahren im Dienst ihrer Partei genügten offenbar einige nicht versandte Grußkarten für Generalsekretär Wüst, um sie kurzerhand und während einer Krankschreibung vor die Tür zu setzen. Oder sollten doch ganz andere Gründe für die Kündigung vorliegen? Immerhin ist bemerkenswert, dass die Angestellte bis Oktober 2009 Vorsitzende des Betriebsrates in der CDU-Geschäftsstelle war – der in den letzten zwei Jahren erhebliche Differenzen mit der Führung der NRW-CDU hatte. [...]

» Zum vollständigen Artikel im Blog der NRWSPD

TERMINE

DIENSTAG, 26.01.2010, 19:30 UHR

AK Umwelt Köln & AGS Köln: "Umweltpolitischer Abend"

Unter der Überschrift "Lebensqualität und Klimaschutz in der Metropole Köln" laden der Arbeitskreis Umwelt und die AGS zu einem Diskussionsabend mit André Stinka, MdL und stellv. Landesvorsitzender der AGSNRW, ein.

> Download der Einladung (PDF, 167 kB) SPD Parteihaus, Magnusstr. 18b, 50672 Köln

Bis zur nächsten Ausgabe

André Brümmer

Stellv. Landesvorsitzender der AGSNRW, Mitglied des AGS-Bundesvorstands

